

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	92
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	958/2023
		GZ:	1517-04.02
Sitzungstermin:	27.10.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Körner (S/OB), Herr Kohlmeyer (S/OB Klimaschutz)		
Protokollführung:	Herr Haupt / as		
Betreff:	Empfehlungen des Bürgerrats Klima - Stellungnahmen der Verwaltung		

Der Abschlussbericht des Bürgerrats Klima liegt im Sitzungssaal aus.

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 02.10.2023, GRDRs 958/2023, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die Landeshauptstadt Stuttgart bedankt sich bei den Bürgerinnen und Bürgern, die an den Sitzungen des Bürgerrats Klima teilgenommen und die Empfehlungen an den Gemeinderat erarbeitet haben.
2. Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahmen der Verwaltung zu den Empfehlungen des Bürgerrats Klima gemäß Anlage 3 zur Kenntnis.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

Der in der Sitzung ausgelegte Evaluations- / Abschlussbericht ist der Hauptaktei beigelegt.

Herr Körner (S/OB) begrüßt einleitend Frau Kaiser, Herrn Ritter sowie Herrn Eisele-Remppis vom Bürgerrat Klima, die sich bereit erklärt hätten, für eine Diskussion zur Verfügung zu stehen. Als Besucher seien weitere Mitglieder des Bürgerrats Klima im Sitzungssaal anwesend. Herr Körner äußert zunächst seinen Dank an den Bürgerrat Klima für dessen geleistete Arbeit im Frühjahr dieses Jahres. Im Dezember 2021 habe der Gemeinderat die Einrichtung eines Bürgerrats Klima beschlossen. Im Jahr 2022 habe eine Verständigung in der Form stattgefunden, über welche Fragestellungen diskutiert und zu welchen Themen Empfehlungen erarbeitet werden sollten. Die Klärung dieses Sachverhalts sei für die Verwaltung nicht einfach gewesen, da eine Grundsatzdebatte über den Aspekt stattgefunden habe, wie allgemein oder konkret die Themen formuliert werden sollten. Eine Entscheidung sei für die Bereiche Verkehr und Wärme mit einer entsprechenden spezifischen Formulierung getroffen worden. Die Bürgerräte hätten im Frühjahr dieses Jahres zwischen März und Juni viel Zeit gemeinsam verbracht und am 17. Juni 2023 ihre Empfehlungen beschlossen. Diese habe die Verwaltung umgehend den Stadträtinnen und Stadträten zur Kenntnis gegeben. Bei der Veranstaltung am 17. Juni 2023 im Kursaal in Bad Cannstatt hätten neben dem Oberbürgermeister einige Mitglieder des Gemeinderats teilgenommen. Daraufhin habe die Verwaltung in dem Zeitraum bis September diese Empfehlungen geprüft und Stellungnahmen ausgearbeitet, die dem Gremium in der heutigen GRDs 958/2023 vorlägen. Herr Körner schlägt vor, sich in der heutigen Sitzung auf die inhaltliche Diskussion zu diesen Empfehlungen und Stellungnahmen zu konzentrieren. Im Beteiligungsbeirat am 22. November 2023 gehe es um den Aspekt des Verfahrens. Dem Gremium liege nicht lediglich eine Broschüre, sondern ein Evaluationsbericht der Fraunhofer-Gesellschaft vor. Herr Körner schlägt vor, dass die zuvor vorgestellten drei Mitglieder des Bürgerrats Klima zunächst ihre Eindrücke schildern sollten. Danach werde Herr Kohlmeyer eine kurze Zusammenfassung zu den Empfehlungen und den Stellungnahmen der Verwaltung geben und daraufhin könne hierüber diskutiert werden.

Frau Kaiser (Bürgerrat Klima) betont, der Bürgerrat Klima habe sich an 7 Samstagen getroffen. Dabei hätten 5 bis 6 Personen die Fragestellung im Bereich der Mobilität bearbeitet, wie die PKW aus der Stadt vorwiegend ferngehalten werden könnten. Ebenso sei der Aspekt der energiesparenden Wärmeversorgung der Gebäude behandelt worden. An den Diskussionen seien Personen mit unterschiedlichen Erwartungen beteiligt gewesen, von denen einige gewisse Vorgehensweisen hätten durchsetzen wollen. Es habe ein Zeitdruck in der Form bestanden, bis Sitzungsende einen Konsens finden zu müssen und eine entsprechende Empfehlung an den Gemeinderat vorzulegen. In den Debatten hätten Fahrradfahrer mit Autofahrern argumentiert und es sei u. a. die Fragestellung diskutiert worden, warum die Warenhäuser im Winter über eine Wärmeschranke verfügten. An den Sitzungen hätten sowohl jüngere als auch ältere Personen teilgenommen und somit sei eine große Bandbreite vertreten gewesen. An den beiden ersten samstägigen Sitzungen seien die Gremien von Unternehmensberatern dahingehend eingestellt worden, wie mit Menschen mit völlig anderen Erwartungen diskutiert werden könne. Am Ende der 7 Sitzungssamstage sei als Fazit die Erwartungshaltung aufgestellt worden, dass der Gemeinderat die ein oder andere Empfehlung des Bürgerrats Klima auch umsetzt. So solle nicht stets das Argument vorgebracht werden, die Umsetzung der jeweiligen Maßnahmen sei zu kostspielig. Sie erwarte von der Stadt Stuttgart, dass diese mit gutem Vorbild vorangehe und die Kommunikation mit der Bürgerschaft in der Form gestaltet werde, dass die Bürger bei der Umsetzung der Maßnahmen miteingebunden würden. Die laut Presseberichten geplante PV-Anlage auf der MHPArena,

welche anfangs aus Kostengründen abgelehnt worden sei, verursache in einigen Jahren wesentlich höhere Kosten als die derzeit veranschlagten 3,5 Mio. EUR.

Er stimme den Ausführungen von Frau Kaiser insbesondere bezüglich der von ihr geschilderten kontroversen Diskussionen zu, so Herr Eisele-Remppis (Bürgerrat Klima). Bei einer komplizierten Abstimmung und einer Bewertung der erarbeiteten Vorschläge am letzten Sitzungstag seien zwei dieser Vorschläge abgelehnt worden und die anderen Vorschläge mit einer qualifizierten Mehrheit angenommen worden. Auch er erwarte von der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat, dass die Arbeit des Bürgerrats Klima nicht vergeblich gewesen sei, sondern dass die Empfehlungen zumindest bewertet, auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und, falls möglich, rasch umgesetzt würden.

Herr Ritter (Bürgerrat Klima) betont, in 6 Sitzungen seien Lösungsvorschläge und Konzepte zu den Themenfeldern Mobilität und Wärme entwickelt worden. In diesen 6 Sitzungen habe zu wenig Zeit zur Verfügung gestanden, um ausreichende und erschöpfende Empfehlungen zu entwickeln. In der Kleingruppe sei ausgesagt worden, die Durchführung einer Qualitätskontrolle bei den Empfehlungen wäre sinnvoll. Schließlich beinhalteten viele dieser vom Bürgerrat als positiv bewerteten Empfehlungen eine deutliche Überlappung in ihren Inhalten. Er sei sich nicht sicher, inwiefern der Gemeinderat die individuellen Empfehlungen abarbeiten musste, so Herr Ritter. Ebenso sei unklar, auf welche Weise zwischen den Wahlmöglichkeiten (ja/ nein/ ja, aber mit Zweifeln) abgestimmt worden sei. Dennoch stelle der Bürgerrat eine kreative bürgernahe Maßnahme für eine direkte Bürgerbeteiligung dar und die Teilnahme am Bürgerrat habe sich gelohnt.

Über den Abstimmungsprozess habe die Verwaltung im Nachgang diskutiert, so Herr Körner. Zum Verfahren liege ein Antrag vor, in dem die Fragestellung zukünftig vereinfacht werden solle (ja/ nein). Bezüglich der genannten inhaltlichen Überlappungen und einer Qualitätskontrolle betont Herr Körner, diese sei bei der Stellungnahme der Verwaltung nicht unbedingt nötig.

Herr Kohlmeyer (S/OB) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation.

Mit sehr breiter Mehrheit habe der Gemeinderat im Jahr 2021 beschlossen, den Bürgererrat Klima einzurichten, betont StRin Munk (90/GRÜNE). Für ihre Fraktion habe dieser Beschluss kein Lippenbekenntnis dargestellt. Sie äußert ihren Dank an die Initiatorinnen und Initiatoren des Bürgerrats und dessen 61 Teilnehmende. Diese hätten sich mit großem Engagement und Zeitaufwand dem Klimaschutz gewidmet. Ihre Fraktion habe sowohl bei der Auftakt- als auch bei der Abschlussveranstaltung teilgenommen und sei begeistert von der Ernsthaftigkeit und der guten Diskussionskultur gewesen. Die Abstimmung habe eine besondere Herausforderung dargestellt und sei anonym durchgeführt worden. Die Ergebnisfindung habe daher ohne Druck stattgefunden, da das Abstimmungsverhalten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht bekannt geworden sei. Diesen Sachverhalt wolle sie ausdrücklich betonen. Die Mitglieder hätten aus freien Stücken ihre Empfehlungen ausgesprochen und ihre Fraktion respektiere diese Ergebnisse und wolle möglichst viele dieser Empfehlungen im nächsten Doppelhaushalt und darüber hinaus verankern und absichern. Die Klarheit bei den Formulierungen der Empfehlungen für die einzelnen Bereiche sei beeindruckend. Diese Klarheit treffe ebenso auf die vom Bürgerrat Klima gesehene Dringlichkeit bei der Umsetzung zu. Beim Klimaschutz dürfe nicht gezögert werden, sondern es müsse eine Umsetzung der diesbezüglichen Maßnahmen erfolgen. Den Rückenwind des Bürgerrats Klima nehme ihre Frakti-

on aus den Empfehlungen mit. Diese Empfehlungen nehme ihre Fraktion nicht lediglich - wie in der Vorlage aufgeführt - zur Kenntnis, sondern wende ihnen eine große Ernsthaftigkeit zu, was dem Titel des interfraktionellen Antrags entspreche. Gemeinsam mit den Fraktionen von SPD und PULS seien diese Empfehlungen auf die Agenda gesetzt worden und in den anstehenden Doppelhaushaltsplanberatungen sollten über 4 Mio. EUR für diese Maßnahmen eingestellt werden. Für die weitere Finanzplanung sollten zusätzlich 2,7 Mio. EUR vorgesehen werden und sie werbe hierfür bereits zum jetzigen Zeitpunkt für breite Zustimmung, so StRin Munk.

Die in der sehr umfangreichen Verwaltungsvorlage beinhalteten zurückhaltenden und bremsenden Bewertungen habe ihre Fraktion nicht nachvollziehen können. Es sei hinsichtlich der Vorbereitung ihrer Fraktion zu den anstehenden Haushaltsberatungen bedauerlich gewesen, dass die Behandlung der Empfehlungen des Bürgerrats im Gemeinderat eingefordert werden musste. Eine entsprechende Zusammenfassung der Empfehlungen durch die Verwaltung wäre vor der Antragstellung ihrer Fraktion sehr hilfreich gewesen. Daher habe ihre Fraktion die Empfehlungen aus der Roten Liste herausuchen müssen und ein entsprechendes Maßnahmenpaket erarbeitet. Im Gegensatz zu der CDU und den Freien Wählern tadele ihre Fraktion nicht die Ergebnisse und den Prozessablauf des Bürgerrats Klima. Sie empfinde diese Kritik als das Verhalten von schlechten Verlierern und dieses Nachhaken gegenüber dem Bürgerrat sei dreist und bedauernswert. Die CDU-Fraktion versuche im Nachhinein, dem Bürgerrat Klima die Legitimation zu entziehen, weil ihr die Ergebnisse nicht passten. Die Fraktion 90/GRÜNE wolle dagegen die Ergebnisse umsetzen, betont StRin Munk.

Hinsichtlich des Aspekts der Mobilität sollten Superblocks wie in Barcelona angegangen werden. Dies betreffe ebenso die Fahrradverbindungen beim City-Ring und rasche Umsetzung von Pop-Up-Markierungen für Radfahrer. Zudem sei das Thema der Umgestaltung von 5 % der Parkplätze für Radwege oder Grünflächen sehr wichtig. Außerdem solle eine Energieberatung über Energiescouts mit Informationsveranstaltungen in allen Stadtbezirken stattfinden, um eine breite Schicht in der Bevölkerung zu erreichen. Die Ausbildungsberufe sollten attraktiv gestaltet werden. Alle Inhalte seien im interfraktionellen Antrag Nr. 3006/2023 enthalten. Die Fraktion von 90/GRÜNE packe die Herausforderungen in Bezug auf den Klimaschutz an.

StR Kotz (CDU) schließt sich dem Dankesteil von StRin Munk an. Es sei nicht selbstverständlich, dass sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bürgerrats Klima zeitlich derart stark engagiert und diese Art Experiment auf sich genommen hätten. An StRin Munk gewandt betont StR Kotz, die Anmerkungen seiner Fraktion in Bezug auf das Verfahren schwäche nicht die Wahrnehmung auf die erreichten Aspekte des Bürgerrats. Vielmehr gehe die CDU-Fraktion davon aus, dass Bürgerräte auch zu anderen wichtigen Themenbereichen regelmäßig eingesetzt werden sollten. Daher sei es geradezu sinnvoll und notwendig, dieses derartige Experiment des Bürgerrats zu reflektieren und hierzu Fragen zu stellen. Explizit sei dafür ein Beteiligungsbeirat eingesetzt worden, um über derartige Verfahren der Bürgerbeteiligung zu diskutieren. Dadurch könnten zukünftige Bürgerbeteiligungen noch besser gestaltet werden, um die Wirkung, die Wahrnehmung und vor allem die Ergebnisse zu steigern. In Stuttgart bestünden sehr umfangreiche Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungen. Lange Zeit habe die Stadt bei diesem Thema innerhalb Deutschlands eine Vorbildfunktion innegehabt. Thematisch gehe es entweder immer häufiger um ein konkretes temporäres oder lokales Projekt oder um eine "Beteiligungsblase", bei der sich die Bürger sehr stark zugewandt fühlten. Diese beteiligten sich zwar intensiv bei Bürgerräten, stellten jedoch nicht unbedingt den reprä-

sentativen Querschnitt der Stadtgesellschaft dar. Frau Kaiser habe auf die unterschiedlichen Meinungen im Bürgerrat Klima hingewiesen. Daher sei davon auszugehen, dass der Bürgerrat Klima sehr repräsentativ gewesen sei. Beim Thema Bürgerräte als weiterer Baustein zur Bürgerbeteiligung müsse berücksichtigt werden, dass möglicherweise eine Ablehnung von Bürgerentscheiden aus formalen Gründen durch den Gemeinderat geschehen könne. Ein Bürgerentscheid zu einem wichtigen Thema wäre jedoch positiv zu begrüßen. Generell stellten Bürgerräte ein hervorragendes Instrument dar.

Hinsichtlich der inhaltlichen Punkte sei es für seine Fraktion Bestätigung gewesen, dass der Gemeinderat mit seiner Politik nicht falsch liege und sich auf einem guten Weg befinde. Schließlich seien viele Vorschläge des Bürgerrats Klima in anderen Nuancen und Ausprägungen in diesem Gremium diskutiert worden. Die impulsive Diskussion in der gestrigen Sitzung des Gemeinderats über die von Frau Kaiser angesprochene geplante Installation einer PV-Anlage auf der MHPArena stelle ein klassisches Beispiel für den Austausch unterschiedlicher Auffassungen dar. Seine Fraktion habe sich gegen diese PV-Anlage ausgesprochen, da sie die Meinung vertrete, auch im Jahr 2035 und in den darauffolgenden Jahren werde nicht jedes Dach in der Stadt mit einer PV-Anlage ausgestattet sein. Da diese PV-Anlage dreieinhalb Mal höhere Kosten verursache als eine PV-Anlage beispielsweise auf einem Parkhaus, einem Verwaltungsgebäude oder einer Schule, habe seine Fraktion nach einem Abwägungsprozess beschlossen, die für die PV-Anlage auf dem Stadion vorgesehenen Gelder besser in eine dreieinhalb Mal leistungsfähigere PV-Anlage an anderer Stelle zu investieren. Es bedürfe keines Symbols mehr für Solarenergie, da die Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren ein Bewusstsein für PV-Anlage entwickelt habe.

Im Gegensatz zu StRin Munk sehe er im Zusammenhang mit den Empfehlungen des Bürgerrats Klima keine Gewinner und Verlierer, betont StR Kotz. An der letzten samstäglichen Sitzung des Bürgerrats, in der die Abstimmungen über die Empfehlungen erfolgt seien, habe er gemeinsam mit StR Winter (90/GRÜNE) die unterschiedlichen Ergebnisse zur Kenntnis genommen. Seiner Einschätzung nach sei der Bürgerrat bei seinen Empfehlungen thematisch sehr vermittelnd vorgegangen und habe diese Ergebnisse aus der Mitte der Gesellschaft vorgetragen, ohne hierbei extreme Forderungen zu stellen. Bei einer Exkursion von einigen Stadträtinnen und Stadträten nach Barcelona seien neue Erkenntnisse zum Thema Superblock und dessen Kosten gewonnen worden. Zudem sei in Erfahrung gebracht worden, dass aufgrund der dortigen Superblocks zuvor neue Umgehungsstraßen hätten gebaut werden müssen. Insofern ließen sich die Ergebnisse nicht eins zu eins auf Stuttgart übertragen. Als Vertreter des Handwerks sei er über die Wertschätzung und die deutliche Erkenntnis erfreut gewesen, welche Leistungen das Handwerk erbringen müsse. In seinem eigenen Betrieb habe die größte Wahrnehmung in der Mitarbeiterschaft bei dem Aspekt stattgefunden, dass höhere Löhne gezahlt werden sollten. Viele Empfehlungen würden nun in den anstehenden Haushaltsplanberatungen diskutiert. Seine Fraktion habe hierzu entsprechende Anträge u. a. zu Förderprogrammen gestellt.

StRin Schanbacher (SPD) weist u. a. darauf hin, dass die in der heutigen Sitzung anwesende Frau Kamm als Mitglied einer Initiative einen Bürgerentscheid durchführt und zahlreiche Unterschriften gesammelt habe. Erst dadurch sei der Bürgerrat Klima entstanden. Die Stadträtin äußert ihren Dank für die Tätigkeit des Bürgerrats bei den zahlreichen Sitzungen. Der Bürgerrat habe mit seinen Empfehlungen für die Entscheidungen des Gemeinderats Klarheit und Orientierung geschaffen. Hierbei bestehe die Haltung bei der Forderung, die Menschen in der Stadt bei der bevorstehenden Transforma-

tion einzubinden. Beispielsweise beim Thema der Wärmewende seien zahlreiche Diskussionen in Bezug auf den sozialen Aspekt geführt worden. In jeder Empfehlung sei aufgeführt, die Stadtbevölkerung aufzusuchen und zu motivieren, u. a. eine PV-Anlage auf deren Dächer zu installieren. Im Zusammenhang mit der Stärkung des Fuß- und Radverkehrs solle sich das Gremium an den Empfehlungen des Bürgerrats orientieren. Der Bürgerrat stelle eine repräsentative Gruppe der Stuttgarter Stadtbevölkerung dar. In der Diskussion hinsichtlich der mehrfach angesprochenen PV-Anlage auf dem Dach der MHPArena gehe es nicht um eine Schwarz-weiß-Betrachtung, sondern um eine grundsätzliche Umsetzung derartiger Maßnahmen. Daher müssten PV-Anlagen sowohl auf dem Stadion als auch auf anderen Gebäuden installiert werden. Der Gemeinderat verfolge intensiv die Tätigkeit des Bürgerrats, was für den Erfolg des Projekts und weitere Bürger- und Bürgerinnenräte elementar wichtig sei. Frau Kaiser habe in einer der letzten Sitzungen des Bürgerrats Klima ausgesagt, sie habe die Menschen in ihrem privaten Umfeld zu zwar nur überschaubaren, jedoch wichtigen Maßnahmen bezüglich des Klimaschutzes bewegt. Die Aussage von StR Kotz sei zwar richtig, über die Empfehlungen des Bürgerrats zu reflektieren, dennoch sollten die Beschlüsse des Bürgerrats Klima ernst genommen werden. Der Gemeinderat habe sich mit der Anlage 2 der GRDRs 708/2022 zur Einführung des Klimabürgerrats eine Selbstverpflichtung gegeben. In dieser Anlage sei auf Seite 11 aufgeführt: "Ein Verfahren wird sichergestellt, dass die Empfehlungen des Bürgerrats so in die Entscheidungsfindung des Gemeinderats einfließen, dass für jede Empfehlung die Umsetzung oder Nichtumsetzung begründet wird." Diese Erwartungshaltung sei somit zum damaligen Zeitpunkt bereits richtigerweise antizipiert worden.

Die Vorlage der heutigen Sitzung sei ein Stück veraltet, da mittlerweile alle Fraktionen ihre jeweiligen Anträge zum Doppelhaushalt 2024/2025 gestellt hätten. Wie von StRin Munk ausgeführt betreffe dies auch die Anträge zum Bürgerrat Klima. Sie wolle den Fokus auf den interfraktionellen Antrag von SPD, 90/GRÜNE und PULS legen, in dem ein 13-Punkte-Programm mit ersten Maßnahmen des Bürgerrats Klima in Höhe von 2 Mio. EUR pro Jahr beinhaltet sei, so StRin Schanbacher. Sie wolle einige Empfehlungen besonders erwähnen: So sei die Empfehlung in Bezug auf den Rad-City-Ring hervorzuheben, welcher bereits im Jahr 2024 sichtbar werden solle. Ebenso sei das Pilotprojekt mit der Schaffung von mehr Spiel- und Aufenthaltsflächen in Höhe von 5 Prozent pro Jahr zu begrüßen. Für dieses Pilotprojekt könnten sich die Stadtbezirke bewerben. Ein weiterer Punkt betreffe den Barcelona-Superblock, der an mehreren Stellen in der LHS konkret umgesetzt werden könne. Auch die Empfehlung der aufsuchenden Energieberatung im Quartier sei positiv zu bewerten, um die Bürgerschaft bei der bevorstehenden Transformation einzubinden. Ein weiterer Punkt sei die Empfehlung der sauberen und sicheren Haltestellen, was von den SSB umgesetzt werden solle. Auch die empfohlene Stärkung des Nachtverkehrs stelle einen positiven Aspekt dar. Hervorzuheben sei ebenso die weitere Förderung der Busse in den Außenbezirken, wofür etwa 500.000 EUR pro Jahr aufgewendet würden. Die von ihr genannten 7 Empfehlungen seien nur ein Teil der insgesamt 13 Maßnahmen. Die Erwartungshaltung des Bürgerrats Klima an den Gemeinderat bestehe zu Recht und die Maßnahmen müssten nun in der Praxis umgesetzt werden.

Er wolle ich zunächst dem Dank seiner Vorredner*innen an den Bürgerrat Klima anschließen, so StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Er könne die Ausführungen von Herrn Ritter gut nachvollziehen, dass das Engagement des Bürgerrats für die Stadt keine Belastung, sondern eine Freude darstelle. Für die weitere Gestaltung sei nun der Gemeinderat zuständig. Ebenso gebühre der Dank

den Initiatorinnen, die eine AG gegründet und den Vorschlag eines Bürgerrats unterbreitet hätten. In der heutigen Sitzung stehe nicht die Verfahrenskritik im Vordergrund. Jedoch merkt der Stadtrat an, es sei zwar positiv zu bewerten, wenn Prozesse zu Ende gedacht würden und die Ergebnisse den Beschlussgremien zugeführt würden. Allerdings komme dieser Prozess aufgrund der anstehenden Doppelhaushaltsplanberatungen ein bis zwei Monate zu spät. Begrüßenswerterweise hätten hierzu Beschlussvorlagen erstellt werden können, da dann nicht der Fall eingetreten wäre, dass überfraktionelle Anträge keine Mehrheiten erhielten. Eine gewisse "Rosinenpickerei" bei diesen Anträgen habe er sich nicht gewünscht und dies sei dem Verfahren nicht angemessen, so StR Rockenbauch. Der Anspruch des Gremiums sei die Würdigung der Empfehlungen des Bürgerrats Klima in seiner Gesamtheit. Zu dieser Gesamtheit gehöre nach Auffassung des Stadtrats das Mutmachen als großer Erfolg des Bürgerrats Klima. Beispielsweise stelle die Forderung nach 5 % weniger Parkraum pro Jahr wie von StR Kotz ausgeführt eine der Forderungen aus der Mitte der Gesellschaft dar. Daher sei die in den Empfehlungen des Bürgerrats Klima enthaltene Grundsätzlichkeit wichtig. Der Bürgerrat Klima verfüge oftmals über ein größeres Problembewusstsein als der Gemeinderat für die Dramatik und die Notwendigkeit großer Veränderungen. Es sei nicht ausreichend, dass sich die Fraktionen nun lediglich einzelne Forderungen zu eigen machten, sondern es müsse das gesamte Empfehlungspaket des Bürgerrats in Gänze umgesetzt werden. Es sei beispielsweise entgegen der Auffassung der Verwaltung durchaus möglich, 50 km zusätzlichen Raum u. a. mit Bäumen, Sitzbänken und Radverkehr zu versehen und somit eine höhere Aufenthaltsqualität zu schaffen. Ebenso sei es nicht angemessen, dass auf die Empfehlung einer quartiersbezogenen bzw. aufsuchenden Beratung die Verwaltung einen Gegenvorschlag unterbreitet habe. Es werde später ersichtlich, welche Empfehlungen in entsprechende Vorlagen im Rahmen der Haushaltsberatungen einfließen. Diese müssten umfassender gestaltet werden, als die bislang vorliegenden interfraktionellen Anträge.

StR Ozasek (PULS) schließt sich dem Dank seiner Vorredner*innen an. Im Bürgerrat Klima sei Pionierarbeit erfolgt und der Beirat sei ein Instrument zur Ergänzung der repräsentativen Demokratie. Es bestehe hierbei das Ziel, diejenigen politischen Spannungsfelder auszuleuchten, bei denen die Politik nicht vorankomme, und ein mehrheitsfähiges Stimmungsbild aus der Stadtbevölkerung heraus zu formulieren. Es bestehe eine gewisse Kluft, da es in Baden-Württemberg unter einer grün-schwarzen Landesregierung kaum möglich sei, einen rechtskonformen Bürgerentscheid durchzuführen. Daher sei der Bürgerrat Klima ein Instrument, um diese Lücke zu schließen. Seine Fraktionsgemeinschaft und weitere Fraktionen hätten sich auf das Experiment des Bürgerrats eingelassen. Es sei bedauerlich, dass teilweise versucht werde, diesen Prozess wieder zu delegitimieren und eine "Rosinenpickerei" zu betreiben. Dagegen bestehe aus Sicht der Bevölkerung und seitens der Beteiligten eine andere Erwartungshaltung, worauf der Gemeinderat reagieren müsse. Schließlich stelle der Klimawandel die größte Herausforderung für die Menschheit dar. Es liege ein nie dagewesener Hitzesommer zurück und es lägen für Stuttgart seit dem vergangenen Montag neue Risikoexpositionskarten vor, aus denen noch detaillierter die klimabedingten Multigefahren für die Stadt und die Konsequenzen des Klimawandels wie sommerliche Dürreperioden, Extremwetter, Starkregen und die damit verbundenen Gesundheitsgefahren erkennbar würden. Daher müsse insbesondere in den Bereichen entschlossen gehandelt werden, in denen bislang keine Fortschritte zu erzielen seien. Dies betreffe u. a. die Mobilitätswende, bei der noch keine Dekarbonisierungserfolge erzielt worden seien. Mit der Mobilitätswende verbinde sich die Klimaanpassung öffentlicher Räume. Ebenso betreffe dies den Wärmesektor, in dem keine Dekarbonisierungserfolge zu verzeichnen seien.

Nun lägen deutliche Empfehlungen des Bürgerrats wie die Forderung nach einer Fahrradstadt mit einem Radialnetz, dem Ausbau des ÖPNV und der Schließung von Netzlücken vor. Ebenso sollten die Superblocks in der LHS in die Offensive gebracht werden, um die Quartiere lebenswert und resilient zu gestalten. Die autogerechte Stadt müsse umgebaut werden. Hierbei sei die Empfehlung einer Umgestaltung der Parkplätze in Höhe von 5 % pro Jahr eine starke wichtige Forderung an den Gemeinderat. StR Ozasek äußert in diesem Zusammenhang seinen Dank an den Bürgerrat. Auf dieser Basis sei Kopenhagen von einer Autostadt zu einer menschengerechten und menschenzentrierten Stadt umgeformt worden, indem jedes Jahr 3 bis 5 % der Parkplätze entfallen seien. Somit sei dort eine Netzqualität für den Rad- und Fußverkehr hergestellt und Raum für Stadtbegrünung und Klimaanpassung geschaffen worden. Dieses Vorgehen sei in Stuttgart ebenso möglich und seine Fraktionsgemeinschaft versuche, diese starke Forderung des Bürgerrats konkret in Verwaltungshandeln zu übersetzen. Der Aspekt des kostenpflichtigen Parkens stelle ebenso eine starke Ansage dar: Schließlich könne in einem Parkraummanagementgebiet für lediglich 8 Cent pro Tag geparkt werden. Dies stehe in keinem Zusammenhang mit der Benutzung des öffentlichen Raums und dem entgegenstehenden Wert. Zudem könne in einem Großteil der Stadt noch immer kostenlos gratis geparkt werden. In dieses Thema müsse Bewegung kommen und das ökosoziale Lager müsse sich zusammenfinden. Seit zwei Jahren würden die angesprochenen Fraktionen in dieser Frage in Verhandlungen nicht zusammenfinden. Es sei zu hoffen, bei den Beteiligten komme dieses Signal der Notwendigkeit einer deutlichen Nachsteuerung an.

StR Kotz weist in Bezug auf die Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat darauf hin, er habe bei einigen Wortmeldungen den Eindruck gehabt, die CDU verfüge über eine Art Sperrminorität im Gemeinderat. Zwar sei dies aus seiner Sicht wünschenswert, allerdings sei festzustellen, dass eine ökosoziale Mehrheit im Gemeinderat seit 2009 bestehe. Daher könne sie entsprechende Beschlüsse auch ohne die CDU fassen. Zudem habe es acht Jahre lang in dieser Zeit einen grünen Oberbürgermeister gegeben und mit dieser Unterstützung der Verwaltungsspitze hätte die ökosoziale Mehrheit zahlreiche Beschlüsse fassen können. Der für den Hoch- und Tiefbau zuständige BM Thürnau von der SPD sei 19 Jahre und BM Pätzold von den Grünen acht Jahre im Amt. Daher sei der Reflex, dass die CDU als Blockierer fungiere, nicht nachvollziehbar.

StR Ozasek betont, die quartiersbezogene Sanierungs- und Wärmestrategie müsse aufsuchend angeboten werden. Zudem sei die klare Ansage des Bürgerrats sehr zu begrüßen, Stuttgart müsse aus dem Erdgas aussteigen. Seine Fraktion habe versucht, diesen Aspekt als politischen Beschluss herbeizuführen, sei allerdings daran gescheitert, da andere Fraktionen nicht bereit gewesen seien, diesen deutlichen Schritt zu vollziehen. Damit verbinde sich, dass die Verteilnetzebene des Gases sukzessive planmäßig stillgelegt werden müsste, um Erdgas aus dem Wärmenetz zu verdrängen. Wie bereits angesprochen sei der interfraktioneller Antrag 3006/2022 (Klimabürger*innenrat: Wir nehmen eure Empfehlungen ernst!) formuliert worden, der eine rasche Übersetzung der Empfehlungen in konkretes Verwaltungshandeln vorsehe. StRin Munk und StRin Schanbacher hätten die 13 Maßnahmen ausgeführt. Nach Auffassung von StR Ozasek seien diese 13 Maßnahmen allerdings nicht ausreichend, sondern stellten einen politischen Kompromiss dar, mit dem ein Signal verbunden sei. So solle der Bürgerrat Klima eine Haushaltsrelevanz erhalten und dabei sollten konkrete Arbeitsaufträge an die Fachämter formuliert werden. Schließlich sei die Verwaltung gefordert und ohne sie könnten keine Maßnahmen umgesetzt werden. Die Verwaltung präsentiere sich in

ihren Stellungnahmen zu den Empfehlungen sehr reserviert und defensiv. So führe sie aus, eine Ressourcenabschätzung sei nicht möglich und Umsetzungshorizonte seien nicht darstellbar. Die Verwaltung beschreibe entweder komplett unzureichend die Wirkmechanismen wie beispielsweise bei den Superblocks oder sie sei völlig sprachlos oder blockiere u. a. die 5-Prozent-Empfehlung des Bürgerrats. Aus der Bevölkerung sei mit dieser Forderung nach einer Umgestaltung der Parkplätze in Höhe von 5 % pro Jahr eine klare Ansage erfolgt. Somit könne die Verwaltung in ihrer Stellungnahme nicht ausführen, die Akzeptanz für diese Forderung sei in der Bevölkerung nicht vorhanden. In Bezug auf die wichtigste Aufgabenstellung der Aufzeigung durchaus auch ersetzender alternativer Umsetzungsvarianten sei keinerlei Stellungnahme durch die Verwaltung erfolgt. In dieser Form sei der Arbeitsauftrag an die Verwaltung nicht abgefasst worden und sei nicht erledigt. Seine Fraktionsgemeinschaft wünsche, die Umsetzung und Nichtumsetzung der jeweiligen Empfehlungen begründet darzulegen, wodurch Transparenz erreicht und schlussendlich die Möglichkeit geschaffen werde, politische Entscheidungen treffen zu können. Daher sollten Beschlussvorlagen zu den Empfehlungen erstellt und Alternativen hierzu aufgezeigt werden.

StR Zaiß (FW) äußert seinen Dank an den Bürgerrat Klima für dessen geleistete Arbeit. Allerdings müsse er korrigieren, dass alle Maßnahmen erst umsetzbar seien, wenn die entsprechenden Ressourcen hierzu vorhanden seien. Falls derartige wie die in der gestrigen Gemeinderatssitzung geführte Diskussionen über die PV-Anlage auf dem Stadion weitergeführt würden, könne man sich ausrechnen, wie rasch sich die Ressourcen dem Ende zuneigten. Mit der Kenntnis, dass der nächste Haushalt mit einigen hundert Millionen Euro belastet werde, müsse sich die Frage gestellt werden, wie die Finanzmittel für die vorgeschlagenen Maßnahmen generiert würden. Daher müsse die Euphorie gebremst werden und es sollten nur die machbaren Maßnahmen durchgeführt werden. Es führe zu keinem Nutzen, lediglich zahlreiche theoretische Debatten zu führen, sondern das Machbare müsse umgesetzt werden. Die Bürger sollten diejenigen Maßnahmen ergreifen, die sie sich leisten könnten. Es sei nicht anzunehmen, dass der Mieter keine finanziellen Mehrbelastungen zu tragen habe. Ihn belasteten die gleichen Kosten wie den Hausbesitzer, da dieser die gesamten Kosten auf die Mieterschaft umlegen müsse, da er sich sonst die Aufwendungen für die Maßnahmen auch nicht leisten könne. Die Forderung nach einer 5-prozentigen jährlichen Umgestaltung der Parkplätze sei nicht umsetzbar. Schließlich bedeute dies, dass sich in 20 Jahren kein PKW mehr in der Stadt befinden werde. Der Wohlstand der Stadt hänge von der Automobilindustrie ab, da diese jedes Jahr hohe Steuergelder an die LHS zahle. Der Gemeinderat zähle 60 Gemeinderäte und nun seien weitere 60 Bürgerräte hinzugekommen. Falls die Bürgerschaft befragt würde, was diese 120 Personen beschlossen hätten, könne sie keine Antwort darauf geben. Den Bürgern sei völlig unbekannt, dass sich Gemeinderat und Bürgerrat Gedanken über die Zukunft der Stadt gemacht hätten. Die Auffassung des Gemeinderats, der gesamten Stadtbevölkerung seien dessen Beschlüsse bekannt, sei problematisch. Alle Maßnahmen sollten daher mit Augenmaß durchgeführt werden, was in Zukunft vom Bürgerrat zu erhoffen sei.

Es könne durchaus eine Befragung der Bürger durchgeführt und entsprechende Gremien zur Ideenfindung könnten gebildet werden, so StR Köhler (AfD). Dies diene gewissermaßen als Inputquelle und sei durchaus legitim. Es müssten allerdings Bedenken daran geäußert werden, falls das Gremium eine legitimatorische Qualität aus sich selbst gewinne und sich mit einer Art Geltungsanspruch bzw. Geltungsautomatismus versee. Dies liege an der Tatsache, dass sich dieser Rat notwendigerweise aus Personen zusammensetze, welche das Thema derart bewege, dass sie sich an diesem Rat beteilig-

ten. Die Tatsache der in den Wortbeiträgen geäußerten "Repräsentanten der gesamten Stadtgesellschaft" ergibt sich aus Sicht des Stadtrats bei weitem nicht. Der Bürgerrat sei vielmehr politisch einschlägig von bestimmten Personen initiiert worden und nicht vom gesamten Gemeinderat. Die CDU habe zwar für die Einrichtung des Bürgerrats mitgestimmt, was jedoch andere Gründe habe. Die oftmals herbeigeredete Repräsentanz ergebe sich aus der Sache schon intrinsisch nicht und könne nicht bezweifelt werden, was intellektuell unredlich wäre. Der Bürgerrat sei in Bezug zu Bürgerentscheiden gesetzt worden, die jedoch einen völlig anderen Aspekt darstellten. Das Erstaunen wäre groß, falls Bürgerentscheide in der Stadt durchgeführt und die Hürden hierfür herabgesetzt würden. Daher werde zu einem derartigen politischen Trick gegriffen, indem ein Bürgerrat eingerichtet und bereits vorher mit den konkreten Ergebnissen gerechnet werde. Daher wolle eine Personengruppe Bürgerentscheide wie beispielsweise zu Stuttgart 21 verhindern, da deren Ergebnisse unerwünscht seien. Allerdings hätten diese Ergebnisse umgesetzt werden müssen, da sie über eine Legitimation verfügten hätten. Bürgerräte seien zwar als beratende Gremien geeignet, ihnen dürfe jedoch keinerlei legitimatorische Funktion nachgesagt werden.

Herr Körner betont, die Verwaltung habe bereits in mehreren Sitzungen und in Vorlagen ihren großen Respekt für die Leistungen des Bürgerrats Klima zum Ausdruck gebracht. Zudem schätze sie diese Leistungen, wozu eine inhaltliche Rückmeldung gehöre, da man sonst diesem Anspruch nicht gerecht werde. An StRin Munk gewandt macht Herr Körner deutlich, die Verwaltung habe keine Maßnahmen ausgebremst, sondern habe während der sehr aufwendigen Vorbereitung der Haushaltsberatungen, der Erarbeitung der zahlreichen Mitteilungsvorlagen und der Stellungnahmen zu vielen Vorschlägen aus dem Bürgerhaushalt in sehr kurzer Zeit sehr ausführliche Stellungnahmen zu den Empfehlungen geliefert. Inhaltlich würden die Empfehlungen nicht gut berücksichtigt, wenn alle Vorschläge umgesetzt würden. Vielmehr müssten diese detailliert geprüft werden und bei der einen oder anderen Empfehlung müsse aus eigener Überzeugung deren Wichtigkeit für den Klimaschutz gesehen werden.

Es bestehe die Empfehlung Nr. 21 für die Umstellung der Wärmenetze auf nachhaltige Energie, die für den Klimaschutz und die Finanzen extrem wichtig sei. Hierfür habe der Oberbürgermeister bereits im Juli letzten Jahres 100 Mio. EUR ad hoc beim Thema Klimaneutralitätsziel für die SWS dem Gemeinderat vorgeschlagen, worauf dieser dem Vorschlag gefolgt sei. Zudem habe OB Dr. Nopper weitere 200 Mio. EUR in der Grünen Liste bereitgestellt, damit die SWS insgesamt 1 Mrd. EUR investieren könnten, um die Empfehlung Nr. 21 in der Realität umzusetzen.

Es sei bekannt, dass sich der zweite wichtige Aspekt bei diesem Thema auf die EnBW beziehe, die ihr Fernwärmenetz verdichten und erweitern müsse. Dieses Unternehmen gehöre dem Land und sechs oberschwäbischen Landkreisen. Daher bemühten sich der Oberbürgermeister, der Finanzbürgermeister sowie der Umweltbürgermeister sehr darum, die Fernwärme gemeinsam mit der EnBW in einer entsprechenden Form voranzubringen.

Ebenso habe das Thema ÖPNV im Bürgerrat eine große Rolle gespielt. In den anstehenden Doppelhaushaltsplanberatungen werde für die Ergänzungsverkehre mit den Ortsbussen in den Außenbezirken ein Paket geschnürt. Dies betreffe beispielsweise den gesamten südlichen Bereich der Stadt, in dem mithilfe der Fraktionen ein umfangreiches "SSB-FLEX-Angebot" für Möhringen, Kaltental und Vaihingen erstellt werden solle.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für den Klimaschutz bei den Empfehlungen stelle der Bereich der Gebäudesanierungen dar. Hierbei spielten das Amt für Stadtplanung und Wohnen und das Amt für Umweltschutz eine hervorragende Rolle. Für dieses Thema habe der Oberbürgermeister im Haushaltsentwurf für die Grüne Liste 150 Mio. EUR eingestellt, damit die SWSG ihre Investitionen im Gebäudebestand bei den energetischen Sanierungen verdoppeln könne, obwohl derzeit in der gesamten Baubranche die Investitionen reduziert würden, da die Kosten und die Zinsen explodierten.

Für Herr Körner ist es wichtig, dass die Verwaltung mit dem Oberbürgermeister an der Spitze die Empfehlungen des Bürgerrats sehr ernst nehme. In den anstehenden Haushaltplanberatungen würden die Fraktionsanträge aufgerufen und in diesen Zusammenhang müsse jedoch ebenso die Umsetzung betrachtet werden. Es sei u. a. Aufgabe der Verwaltung, auf die finanziellen, personellen und organisatorischen Grenzen hinzuweisen, was auch die Realität darstelle. Falls in der Öffentlichkeit eine große Erwartungshaltung in Bezug auf Maßnahmen bestehe, aber keine Umsetzung erfolge, funktioniere dies nicht. In den anstehenden Haushaltsplanberatungen seien die finanziellen Mittel begrenzt, wodurch Prioritäten gesetzt werden müssten. Bei Addition der im gesamten Zeitraum von OB Dr. Nopper in der Grünen Liste eingestellten finanziellen Mittel ergebe dies eine Summe für den Klimaschutz, die rund die Hälfte aller Gelder der Grünen Liste ausmache. So werde hier ein klarer Schwerpunkt, aber ebenso würden auch Prioritäten gesetzt. Ebenso werde ausgesagt, die bereits im Haushalt vorhandenen Reserven zu nutzen, um darüber hinaus weitere Maßnahmen durchzuführen. Am 30.11.2023 solle die Vorlage in der Vollversammlung des Gemeinderats behandelt werden. Die Stabsstelle der Verwaltung werde die Empfehlungen in den Bürgercafes gemeinsam mit dem Bürgerrat und dem Fraunhofer Institut im nächsten Jahr in die Breite bringen. Herr Körner schlägt vor, nach den Haushaltsplanberatungen zunächst eine Bilanz über die beschlossenen Maßnahmen zu ziehen.

Die Diskrepanz in der Diskussion sei im Wortbeitrag von Herrn Körner deutlich geworden, so StR Rockenbauch. Auf der Erde bestehe ein Klimanotstand und die Mittelstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der es neben den Themen Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus usw. in Kapitel 10 um das Klima gehe, komme hierzu zu dem Schluss, es stelle in der jetzigen Situation im Ergebnis keinen Unterschied dar, ob die Klimakrise wie von der AfD geleugnet werde oder ob entsprechende Maßnahmen permanent aus - auf den ersten Blick - guten Gründen wie hohen Kosten oder fehlenden Ressourcen verzögert würden. Die bevorstehende Aufgabe des Klimaschutzes müsse bewältigt und die Klimaneutralität in der Stadt bis zum Jahr 2035 erreicht werden. Die Situation müsse als ein starker Bruch mit dem Status quo betrachtet werden. Aktuell und in den anstehenden Haushaltsplanberatungen könne das Ziel nicht erreicht werden. Schließlich werde der Klimaschutz in den Haushaltsplanberatungen lediglich "on top" gepackt und es werde über 2 oder 3 Mio. EUR diskutiert. Falls in der Wärmeplanung das Klimaziel bis zum Jahr 2035 - wie vom Bürgerrat dargelegt - sozial gerecht erreicht werden solle, müsse ein städtisches Förderprogramm in Höhe von 300 Mio. EUR jährlich aufgelegt werden. Daher müsse in politischer Weise anders gearbeitet werden als derzeit: So sollten keine Großsporthallen gebaut werden und mit bestimmten Kultur Großprojekten sollte abgewartet werden. Ebenso wenig dürften große verschwenderische und klimazerstörende Projekte wie im Rosensteinareal gebaut werden. Der Gemeinderat sei mehrheitlich noch nicht bereit, die enorme Aufgabe anzuerkennen, was ebenso auf die Verwaltung zutreffe, die aufgrund ihrer beschränkten Ressourcen bei Projekten oftmals Bedenken anmelde. Von den jedes Jahr aufgewendeten

rund 5 Mrd. EUR müsse etwa 1 Mrd. EUR umgeschichtet werden. Hierzu liege jedoch kein Haushaltsantrag vor. Falls der Bürgerschaft neue nicht finanzierte Projekte wie eine neue Staatsoper, eine Bebauung des Rosensteinareals, eine neue Großsporthalle oder die Sanierung der Villa Berg versprochen werde, könnten ebenso Gelder für Klimaschutzmaßnahmen versprochen werden.

StRin Munk betont, sie wolle den in der Diskussion aufgekommenen Pessimismus in eine Aufbruchsstimmung umwandeln. Schließlich stellten die Empfehlungen des Bürgerrats Klima Rückenwind für die Arbeit des Gemeinderats dar. Die Exkursion nach Barcelona habe gezeigt, es müsse nicht alles perfekt sein. Der im Gemeinderat gelebte Perfektionismus und die unbedingte detaillierte Absicherung seien problematisch. Aus der Corona-Pandemie sei hervorgegangen, dass verschiedene Dinge rascher umgesetzt werden könnten, indem Pop-up-Radwege errichtet würden oder der Cityring getestet werde. Die Graswurzelbewegung und die Energiescouts seien aufgekommen, da die Bürgerschaft bei gewissen Projekten nicht mehr habe abwarten wollen. Falls Bürgerinnen und Bürger Unterstützung für die Stadt bei der Energieberatung anböten, stelle dies den richtigen Weg dar. Dieses Angebot sei nicht derart kompliziert wie in der Verwaltung. In die Haushaltsberatungen solle mit einer gewissen Aufbruchsstimmung gegangen werden.

Sie stimme den Ausführungen von StRin Munk in vollem Umfang zu, betont StRin Schanbacher. Die pessimistischen Ausführungen von StR Rockenbauch könne sie zwar nachvollziehen, aber es handle sich unter diesem Tagesordnungspunkt um sehr konkrete Maßnahmen des Bürgerrats Klima. Dies sei die Aufgabenstellung vom Gemeinderat gewesen und die Ergebnisse lägen nun vor, wie die LHS bis zum Jahr 2035 klimaneutral werde. Nun müsse der Gemeinderat diese konkreten Maßnahmen wie beispielsweise den Einsatz von Energiescouts in den Quartieren umsetzen. Diese Empfehlungen und Maßnahmen müssten finanziell unterstützt werden. Der Bürgerrat Klima habe eine sehr deutliche Haltung und habe sich klar positioniert. In einem ersten Paket sollten die Empfehlungen umgesetzt werden.

StR Ozasek betont, der Gemeinderat habe nun Hausaufgaben bekommen und nehme sich derer an. An Herrn Körner gewandt erklärt der Stadtrat, bei aller Rücksicht auf die Verwaltung lägen dort Arbeitsaufträge vor. In Bezug auf die Empfehlung, jährlich 5 % der Parkplätze entlang der Straßen umzugestalten, sage die Verwaltung aus, dieses Vorhaben sei nicht umsetzbar. Dies gehe nicht an, da es sich um eine entsprechende Planungskultur und eine Planungspraxis handle. Die Verwaltung müsse prüfen, wie diese Empfehlung in die Stadtsanierung integriert werden könne, wenn diese in einem Quartier über 10 Jahre hinweg laufe. Dies betreffe ebenso das Radverkehrskonzept, bei dem die Standards für die Radinfrastruktur fortgeschrieben werden müssten. Dabei sollten die straßenbegleitenden Parkplätze entlang der Hauptadrounten und der Radschnellwege entfernt werden. Die Planung der Radschnellwege sei kollabiert und müsse komplett neu aufgesetzt werden, da sie in einem schlechten Standard geplant worden sei.

Weltweit bestehe mittlerweile eine extreme Krisensituation, betont StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Es stelle sich die Frage, wie viele Landstriche in Libyen und wie viele Millionenstädte wie Acapulco in Mexiko noch durch die Klimakrise verwüstet werden müssten, damit alle Akteure gemeinsam und rasch entschlossen handelten. Die Wissenschaft könne derzeit nicht aussagen, wie lange das Erdsystem in einem für Menschen bewohnbaren Zustand gehalten werden könne. Viel

Zeit verbleibe auf jeden Fall nicht und es müsse daher zügig eine drastische Wende herbeigeführt werden, so der Stadtrat. Auch wenn reale Hintergründe wie fehlende Ressourcen bestünden, zählten keine Ausreden mehr.

Da keine weiteren Wortmeldungen geäußert werden, stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt stimmt dem Beschlussantrag bei einer Gegenstimme mehrheitlich zu.

Zur Beurkundung

Haupt / as

Verteiler:

- I. S/OB
zur Weiterbehandlung
S/OB-Mobil
S/OB-Wohnen
Stabsstelle Klimaschutz
wg. GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. *Referat AKR*
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 4. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 5. Amt für Revision
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. *FDP-Fraktion*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand